

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 19.04.2011

| | |
|------------------------|------------------------------------|
| Sitzung Nr. 4 Ö | am Dienstag, 19. April 2011 |
|------------------------|------------------------------------|

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfeiderer Susanne

Haffner Gerhard Rehorst Tobias

Hecker Roland Rössler Beate

Heger Roman Runde Anneliese

Heger Rudi Schell Achim

Heim Andrea Speckert Benjamin

Herling Michael Speckert Ferdinand

Ittensohn Karl Stegmüller Reino

Klemenz Birgit Vetter Theo

Helmut Braun Weinlein Albert

Protokollführer:

Gäste: Werner Kleiber, Harry Zorn, Peter Dietz (bis 20.45 Uhr)

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 21.50 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 07.04.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Dr. Paul Hanke (Geschäftstermin)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergeht nachträglicher Glückwunsch zu den Geburtstagen der Gemeinderäte Gerhard Haffner und Ferdinand Speckert.

| | |
|---|------------------------------|
| Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö | Tagesordnungspunkt: 1 |
| Bekanntgabe der am 29. März 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse. | |
| Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 29. März 2011 | |

Ausführungen und Beschluss:

Es sind keine Beschlüsse bekannt zu geben. Das Sitzungsprotokoll vom 29.03.2011 hat offengelegen. Einwendungen werden nicht erhoben.

| | |
|---|------------------------------|
| Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö | Tagesordnungspunkt: 2 |
| Bestellung von Urkundspersonen | |

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden Gemeinderätin Susanne Pfeiderer und Gemeinderat Tobias Rehorst als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

| | |
|---|------------------------------|
| Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö | Tagesordnungspunkt: 3 |
| Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung | |

Ausführungen und Beschluss:

Es werden keine Wünsche oder Anfragen vorgetragen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stellt den Geschäftsordnungsantrag, Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung zu vertagen, weil in der nichtöffentlichen Sitzung über das Thema Vereinsförderrichtlinien gesprochen wird. Auch wenn die anstehende Entscheidung erst das Haushaltsjahr 2012 beträfe, sollte bei dem zu entscheidenden Betrag erst über die eventuelle Änderung der Vereinsförderrichtlinien gesprochen werden.

Bürgermeister Eger informiert, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt deswegen auf die Tagesordnung gesetzt habe, weil es sich um einen nach den Förderrichtlinien regulären Antrag zur Förderung handle. Man habe zwar mit einem entsprechenden Antrag gerechnet, das Thema trotzdem deswegen zur Entscheidung stellen wollen, weil es sich um keine Ausnahme handelt. Wegen der Höhe des Zuschussbetrages bestehe Verständnis für den Vertagungsantrag.

Gemeinderat Roman Heger weist darauf hin, dass es vornehmlich um die vorzeitige Baufreigabe gehe, weil ein gemeinsamer Baubeginn von Kunstrasenplatz und Gebäude ermöglicht werden soll.

Gemeinderat Karl Ittensohn moniert, dass der Verein den Zuschuss nicht gemeinsam mit dem für den Kunstrasenplatz beantragt habe, da der Antrag teilweise den Förderrichtlinien entspreche und teilweise nicht. Deswegen werde seine Fraktion den Vertagungsantrag unterstützen.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderätin Andrea Heim** informiert **Bürgermeister Eger**, dass das The-

ma zwar nichtöffentlich nach der Diskussion über die Förderrichtlinien behandelt werden könne, eine Entscheidung aber öffentlich zu treffen ist. Deshalb sei heute keine Entscheidung möglich.

Gemeinderat Roland Hecker verweist auf die Geschäftsordnung des Gemeinderates, wonach ein zu vertagender Tagesordnungspunkt in einer neuen Sitzung zu beraten ist. Dies sollte man bei der heutigen Entscheidung berücksichtigen.

Bürgermeister Eger bestätigt die Aussage und erklärt, dass die Entscheidung über den Antrag bei Vertagung frühestens im Mai erfolgen kann.

Bürgermeister Eger stellt den Antrag, Tagesordnungspunkt 5 zu vertagen, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen, bei 10 Gegenstimmen, den Tagesordnungspunkt 5 zu vertagen.

| | |
|--|------------------------------|
| Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö | Tagesordnungspunkt: 4 |
| Vergabe des Preises für vorbildliche Jugendarbeit | |

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und informiert, dass beim Preisgeld der AWO der Betrag 700 € statt 500 € lauten muss.

Er verweist vor Eintritt in die Beratung darauf, dass Gemeinderat Michael Herling als Vorsitzender der AWO bzw. Gemeinderat Rudi Heger als Vorsitzender des Musikvereins St. Leon befangen sind.

Gemeinderat Michael Herling moniert, dass er als Mitglied des Arbeitskreises in der letzten Sitzung nicht eingeladen worden ist.

Bürgermeister Eger erklärt, dass dies mit der Befangenheit in dem genannten Punkt zusammenhing, weswegen man den Fraktionsvorsitzenden eingeladen habe. Künftig werde man die von den Fraktionen benannten Personen einladen und die Bitte äußern, dass diese bei Befangenheit nicht an der Sitzung teilnehmen.

Auf die Beiträge eingehend erklärt **Bürgermeister Eger**, dass es eventuell bei der übersichtlichen Zahl von Anträgen sinnvoll sei, Vertreter von Vereinen zu kurzen Vorstellungen der Projekte im Arbeitskreis einzuladen. Die Gemeinderäte Michael Herling und Rudi Heger sind befangen; sie nehmen während der Beratung und Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen erkennen die Leistungen der zu prämierenden Vereine im Bereich der Drogenberatung an und danken den Organisationen für ihr Engagement.

Gemeinderat Tobias Rehorst weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass im Kuratorium angeregt wurde, die Zukunft des Preises zu überprüfen. Er schlägt vor, das Thema in einer kommenden Sitzung des Gemeinderates zu behandeln.

Gemeinderat Benjamin Speckert erinnert daran, dass den Vereinen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden sollen, die die Ansprechpartner für solche Projekte umfassen.

Gemeinderat Walter Götzmann spricht die Berichterstattung der Vereine über ihre Projekte in den Gemeindepapieren an, die dazu dienen könne, dass andere Vereine dies als Anregung auffassen.

Gemeinderat Roman Heger ist der Meinung, dass der Gesamtbetrag an Preisgeldern ausgeschüttet werden sollte.

Bürgermeister Eger verweist auf die entsprechende Diskussion im Kuratorium und erwähnt, dass die auszahlenden Preisgelder schon einen ansehnlichen Betrag darstellen. Außerdem sei festzustellen, dass die Preisgelder bei Landes- oder Bundeswettbewerben in ähnlicher Größenordnung liegen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Preis für vorbildliche Jugendarbeit im Jahre 2010 wird an folgende Organisationen vergeben:

Musikvereine 1.500 €

VfB 1.500 €

AWO 700 €

Bürgermeister Eger informiert, dass die Übergabe der Preise in der nächsten Sitzung am Anfang der Tagesordnung stehen wird und die Vereine sowie die Mitglieder des Kuratoriums eingeladen werden.

| | |
|--|------------------------------|
| Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö | Tagesordnungspunkt: 5 |
| Antrag des VfB auf Baukostenzuschuss für Mehrzweckgebäude | |

Ausführungen und Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

| | |
|---|------------------------------|
| Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö | Tagesordnungspunkt: 6 |
| Erweiterung eines Salzlagers im Bauhof; Anmeldung von außerplanmäßigen Mitteln | |

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde beantragt in ihrer Stellungnahme, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Verwaltung damit zu beauftragen, die Möglichkeit einer Lagervereinbarung mit dem Lieferanten zu überprüfen. Danach sollte der Tagesordnungspunkt nochmals vom Gemeinderat beraten werden.

Bürgermeister Eger informiert, dass die Verwaltung diese Überlegungen im Vorfeld mit einbezogen hat.

Dabei wurde festgestellt, dass diese Netzwerke auch nicht in der Lage waren, den Salzbedarf zu verhindern. In der weiteren Aussprache werden die beiden Lösungsmöglichkeiten diskutiert und anhand einer Beispielrechnung festgestellt, dass die örtliche Lösung im Verhältnis zu einer Depotlösung wohl die wirtschaftlichere sei. Als Basis dazu wurde die Überlegung angesehen, dass auch ein Lager beim Lieferanten über die Nutzer zu finanzieren ist. Es wurde auch die Berechnung vorgenommen, dass das Gebäude durch den günstigeren Bezug des Salzes bald refinanziert ist.

Nach der Diskussion stellt **Bürgermeister Eger** den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Möglichkeit einer Lagervereinbarung zu überprüfen, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat lehnt den Antrag bei 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, mit 12 Gegenstimmen ab.

Anschließend stellt **Bürgermeister Eger** den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die außerplanmäßigen Mittel in Höhe von 40.000 € für die Errichtung eines zusätzlichen Streusalzlagers.

Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö Tagesordnungspunkt: 7
Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme im Rahmen des Landessanierungsprogrammes (LSP) Ortskern III St. Leon und Ortskern IV Rot
hier: 1. Beschluss über die Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen nach & 141 BauGB
2. Beauftragung der Ingenieurleistungen für die vorbereitenden Untersuchungen

Ausführungen und Beschluss:

In seinen einleitenden Worten weist **Bürgermeister Eger** darauf hin, dass der Förderrahmen eine Million Euro umfasse. Das Programm könne eventuell weitergeführt werden, wobei die Situation nach dem Regierungswechsel abzuwarten ist.

Zur Gebietsabgrenzung informiert **Bürgermeister Eger**, dass diese für das Verfahren grundstücksgenau erforderlich ist. Wegen eventuell mit Befangenheit zusammenhängender Probleme bei der Abstimmung schlägt er vor, beide Gebiete getrennt zu behandeln.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderat Ferdinand Speckert** wird von **Bürgermeister Eger** und **Bauamtsleiter Kleiber** erläutert, dass die Gebiete grundstücksgenau dahingehend untersucht wurden, ob sie bei der Sanierung berücksichtigt werden können. Weiter habe eine Rolle gespielt, dass die Gebiete nicht zu groß werden, damit sie bei der Sanierung berücksichtigt werden können.

Es wird festgestellt, dass während des Verfahrens eher eine Verkleinerung, aber keine Vergrößerung möglich ist.

In seiner Stellungnahme weist **Gemeinderat Karl Ittensohn** für seine Fraktion darauf hin, dass im Gegensatz zu der Sanierung in der Vergangenheit bei den vorgeschlagenen Gebieten die Größe der Gebiete nicht mit den zur Verfügung stehenden Mitteln korrespondiert. Es werde der Eindruck erweckt, dass die in den Gebieten liegenden Eigentümer Geld für die Sanierung ihrer Anwesen erhalten können. Seine Fraktion stelle deswegen den Änderungsantrag, dass die Verwaltung ein Konzept in räumlich begrenzten Gebieten mit entsprechenden Mitteln und den vorgesehenen Gebietszielen ausarbeite. Diese Ausarbeitung soll dem Ausschuss Umwelt und Technik vorgelegt werden, der dann über die Beauftragung eines Ingenieurbüros entscheiden kann. Seine Fraktion wisse weiter nicht, was die STEG mit dem heutigen Auftrag machen soll. Weiter sei für seine Fraktion nicht klar, ob im Ortsteil Rot nicht das Büro Modus Consult die Ausarbeitung vornehmen könne.

Bürgermeister Eger weist in seiner Antwort darauf hin, dass die bisher vom Gemeinderat beschlossenen Anträge zur Sanierung genau diese geforderten Ziele enthalten haben. Die Sanierung schreibe vor, dass die Ziele genau gefasst und im Antrag enthalten sind, der vom Gemeinderat beschlossen wurde. Er erwähnt die bisherige Verfahrensweise, wonach bei Akzeptanz der Maßnahme und entsprechenden Initiativen von Betroffenen es durchaus möglich war, die Sanierungsmaßnahme insgesamt aufzustocken. Allerdings sei unklar, wie dies bei der neuen Regierung gesehen werde.

Auf den Antrag von Gemeinderat Karl Ittensohn eingehend erklärt **Bürgermeister Eger**, dass er diesen Antrag so nicht abstimmen lassen könne, weil er dem formulierten Verfahren der Sanierung widerspreche. In der vorgesehenen Informationsveranstaltung für die Betroffenen könne dazu noch ausführlich eingegangen werden.

Die Gemeinderäte Gerhard Haffner, Ferdinand Speckert, Rudi Heger und Andrea Heim zeigen sich in ihren Stellungnahmen erfreut darüber, dass die Gemeinde in das Landessanierungsprogramm aufgenommen wurde. Sie stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Gemeinderat Ferdinand Speckert geht in seiner Stellungnahme auf die steuerlichen Vorteile für die in die Sanierungsgebiete einbezogenen Grundstückseigentümer ein, die ein wichtiger Punkt bei der Betrachtung der Sanierung sei.

Bürgermeister Eger bestätigt, dass die Steuervorteile unter Umständen wichtiger sind als die Gewährung von direkten Zuschüssen, zumal eine mit Zuschüssen erreichte Wertsteigerung zumindest zum Teil finanziell zurückzuführen ist.

In der weiteren Diskussion werden die Gründe für die Abgrenzung der Sanierungsgebiete nachgefragt und erläutert. Es wird moniert, dass den Fraktionen die Unterlagen zu den früheren Beschlussfassungen nicht zur Verfügung gestellt wurden. Daraufhin wird erläutert, dass dies in früheren Jahren erfolgt ist, die Verwaltung allerdings nochmals die Unterlagen bereitstellt, weil bei den Fraktionen keine Archivierung stattfindet.

Auf die entsprechende Frage wird informiert, dass eine Aufteilung der Sanierungsmittel auf die beiden Sanierungsgebiete noch festzulegen ist.

Gemeinderat Adolf Geider verlässt den Sitzungssaal.

Bürgermeister Eger stellt Beschlusspunkt 2 der Verwaltungsvorlage zur Abstimmung, weil beide Sanierungsgebiete betroffen sind und alle Gemeinderäte abstimmen können.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen einen entsprechenden Vertrag mit STEG Stadtentwicklung GmbH, einem Sanierungsträger i.S.d. § 157 BauGB, abzuschließen. Das vorläufige Honorar beträgt netto 10.500 € zzgl. 5% Nebenkosten und zzgl. MwSt.

Gemeinderat Adolf Geider kehrt in den Sitzungssaal zurück.

Die Gemeinderäte Gerhard Haffner, Roland Hecker und Albert Weinlein sind befangen; sie nehmen während der Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Eger stellt Beschlusspunkt 1a der Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Ortskern III St. Leon:

Der Gemeinderat der Gemeinde St. Leon-Rot beschließt am 19.04.2011 den Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 Abs. 3, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) zu dem aus dem Lageplan ersichtlichen Gebiet zur Untersuchung der Sanierungsbedürftigkeit.

Das Untersuchungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im Lageplan der STEG Stadtentwicklung GmbH mit Datum vom 28.02.2011 (Originalmaßstab M 1:1000) abgegrenzten Fläche der Gemarkung St. Leon und umfasst ca. 8,5 ha. Der Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses und kann während der allgemeinen Dienstzeit von jedermann im Rathaus eingesehen werden.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen; § 141 Abs. 3 S. 2 BauGB. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

Die Gemeinderäte Adolf Geider, Birgit Klemenz, Tobias Rehorst, Anneliese Runde, Beate Rössler, Benjamin Speckert, Ferdinand Speckert und Reino Stegmüller sind befangen; sie nehmen während der Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Eger stellt anhand der verbliebenen 14 Mitglieder des Gemeinderates fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist.

Bürgermeister Eger stellt Beschlusspunkt 1b der Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Ortskern IV Rot:

Der Gemeinderat der Gemeinde St. Leon-Rot beschließt am 19.04.2011 den Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 Abs. 3, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) zu dem aus dem Lageplan ersichtlichen Gebiet zur Untersuchung der Sanierungsbedürftigkeit.

Das Untersuchungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im Lageplan der STEG Stadtentwicklung GmbH mit Datum vom 28.02.2011 (Originalmaßstab M 1:1000) abgegrenzten Fläche der Gemarkung Rot und umfasst ca. 14,8 ha. Der Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses und kann während der allgemeinen Dienstzeit von jedermann im Rathaus eingesehen werden.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen; § 141 Abs. 3 S. 2 BauGB. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

Bürgermeister Eger weist abschließend darauf hin, dass die Informationsveranstaltung zur Sanierung am Montag, 16.05.2011, im Harres stattfinden wird. Die Einladung wird öffentlich bekannt gemacht.

Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

Fortschreibung des Generalverkehrsplans Baden-Württemberg

hier: Sachstandsinformation und mögliche weitere Vorgehensweise für eine Ortsumgehung St. Leon

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und verweist dabei auf die bereits zur Sitzung am 23.11.2010 übersandten Unterlagen, in denen die einzelnen Trassenvarianten dargestellt und finanziell bewertet wurden. In der heutigen Sitzung gehe es nicht darum, eine Variante auszuwählen, sondern über die gesamte Maßnahme zu informieren. Es bestehe kein akuter Handlungsbedarf, der Landesverwaltung sei bisher die Variante 2 als Vorzugsvariante genannt worden. Man erhoffe die Aufnahme in den Maßnahmenplan des Generalverkehrsplanes, allerdings bestehe auch die Möglichkeit, die Straße als Gemeindevorhaben zu realisieren. Planung und Umsetzung sei dann in Händen der Gemeinde, die Maßnahme könne im Rahmen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes mit 75 % bezuschusst werden. Allerdings gelte

die Förderung bis maximal 2019, weil die Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern neu geregelt worden sind. Die Mittel des LGVFG seien auch nur bis 2014 zweckgebunden.

Gemeinderat Theo Vetter geht in seinen Ausführungen auf die Verkehrszahlen aus dem Jahr 2007 ein und erklärt, dass es seiner Fraktion darum gehe, ein Gesamtkonzept für den Verkehr auf der Kirrlacher Straße und der Reilinger Straße zu planen. Es gehe seiner Fraktion darum, die Umgehungsstraße von der K 4152 über die Reilinger Straße bis zur jetzigen Umgehungsstraße zu führen. Darauf basierend unterbreitet er hinsichtlich der Vorgehensweise die daraus resultierenden Änderungen, die die Bereiche Kirrlacher Straße Richtung Reilinger Straße und Reilinger Straße bis zur Umgehungsstraße bzw. Reilinger Straße über die Kronauer Straße und das Industriegebiet an der Autobahn bis zum Harres Kreisel umfassen. Sofern die Maßnahme nicht in den Maßnahmenkatalog aufgenommen werde, wäre der Gemeinderat zu unterrichten, der darüber entscheiden könne, ob die Maßnahme als Gemeindeverbindungsstraße durchgeführt wird.

Bürgermeister Eger bestätigt, dass der Antrag aufgenommen und in einer späteren Sitzung behandelt wird. Der Maßnahmenplan bestehe noch nicht, weil die bisherige Regierung diesen nicht vor der Wahl aufstellen wollte. Der verkehrsträchtigeste Teil sei der Bereich bei der alten Mühle, weil dort alle Verkehrsstränge zusammenlaufen. Neben den unterschiedlichen Verkehrsbelastungen der genannten Straße könne eventuell zum Problem werden, dass verschiedene Planungsträger wie Land bzw. Kreis zuständig sind. Daraus resultiere, dass sich die Gemeinde auf die Umgehungsstraße für die Landesstraße beschränkt habe.

Gemeinderat Albert Weinlein spricht sich für seine Fraktion für die in der Vorlage enthaltene Vorgehensweise aus. Er sieht es als besonders wichtig an, dass den beteiligten oberen Behörden die Dringlichkeit der Maßnahme deutlich gemacht werde.

Bürgermeister Eger betont, dass es zunächst darum gehe, die Öffentlichkeit über den Sachstand zu informieren, Beschlüsse seien nicht vorgesehen. Erst wenn die vorgesehene Umgehungsstraße nicht im Maßnahmenplan enthalten ist, müsse sich die Gemeinde erneut Gedanken machen. Wichtig sei jetzt, dass die Gemeinde mit konkreten planerischen Vorstellungen, die gemeinsam mit dem Land entwickelt wurden, um die Aufnahme in den Maßnahmenplan beworben habe.

Bauamtsleiter Kleiber informiert die Anwesenden über die gemeinsam mit dem Land entwickelten Varianten, wie sie sich aus den Unterlagen zur Gemeinderatssitzung am 23.11.2010 ergeben. Variante 1 sei im Gemeinderat deswegen bekannt, weil sie als Freihaltetrasse im Flächennutzungsplan berücksichtigt wurde.

Der folgende Redebeitrag von **Gemeinderat Adolf Geider** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Werte Anwesende! Herr Eger, ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll! Meine persönliche Meinung. Es ist für mich erfreulich zu erfahren, dass man sich im Ortsteil St. Leon zu einer Einsicht hat durchringen können, eine Ortsumfahrung zu planen und ich mal wieder Recht hatte. Ich konnte es in der Vergangenheit nicht nachvollziehen, dass einige Gemeinderäte vom Ortsteil St. Leon auch Teile der Verwaltung sich vehement gegen eine Ortsumfahrung gewehrt haben. Der Tenor hieß immer: Wir haben den Verkehr nicht wie im Ortsteil Rot und die L 546 ist schon immer durch St. Leon gegangen. Ich bin sehr sicher, wir haben uns über Straßenverkehr unterhalten. Die Bürger sollen auch wissen, dass eine vernünftige Trasse, was ich immer wollte, für beide Ortsteile kostengünstiger und weniger Gelände verbraucht hätte. Und hätte man den Ortsteil St. Leon mit eingebunden über den Feldscheunenweg, wären wir mit einer Flurbereinigung ausgekommen, was sehr viel Zeit und Geld gespart hätte oder kosten noch wird. Zum weiteren Vorgehen dieser Maßnahme habe ich noch eine Frage. In St. Leon Verkehrszählung 1988: 19100 Fahrzeuge im gesamten Ortsteil. St. Leon Verkehrszählung 2007: 25.800. Hätte hier nicht schon eine Entscheidung zugunsten einer Ortsumfahrung fallen müssen? Ich war schon immer für eine Anbindung für den Ortsteil St. Leon. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Zu den von **Gemeinderat Siegfried Köck** gestellten Fragen und geäußerten Anregungen erklärt **Bürgermeister Eger**, dass er diese aufnehme und als Auftrag an die Verwaltung verstehe. Wegen des noch zu erstellenden Maßnahmenplans könne die Gemeinde noch bis zirka Ende des Jahres warten, bevor sie weitergehende Überlegungen anstelle.

Auf die Äußerungen von **Gemeinderat Adolf Geider** eingehend, informiert **Bürgermeister Eger**, dass der derzeit noch gültige Generalverkehrsplan hinsichtlich der Ortsumgehung Rot nur ein Teilstück umfasst habe, die Gemeinde aber mehr erhalten habe, als im Plan enthalten war. Die Ortsumgehung St. Leon habe man nicht anschließen können, weil diese aus dem Generalverkehrsplan nicht zu entwickeln war. Wenn die Gemeinde mehr gefordert hätte, wäre die Ortsumgehung Rot bis heute nicht realisiert.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Albert Weinlein** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Was ich jetzt sage, da bitte ich ausnahmsweise auch, dass das ins Wortprotokoll kommt, weil das bezieht sich auf unseren Gemeinderatskollegen, den Herrn Geider. Lieber Herr Geider, dürfte ich um Gehör bitten. Ja, ja, es geht um dich. Also, da sind eben Formulierungen in den Raum gestellt worden, die sind nicht nur ungeheuerlich, sondern da muss ich sagen, Entschuldigung, jetzt bin ich dran, die sind nicht nur ungeheuerlich, sondern ich sage jetzt mal, das ist eine glatte Lüge. Es wurde eben vom Herrn Kollegen Geider behauptet, die Gemeinderäte aus St. Leon wären dagegen gewesen, dass im Bereich des Ortsteils St. Leon eine Umgehungsstraße gebaut wird. Also noch nie im Traum habe ich oder hat irgendein Gemeinderat aus St. Leon auch nur angedacht, dass man dagegen ist. Da jetzt zu suggerieren, der liebe Herr Kollege Geider hat für St.“

Leon gedacht und sich für St. Leon eingesetzt und die Kollegen von St. Leon waren dagegen. Noch mal, ich behaupte dick unterstrichen, es ist ne glatte Lüge, so in einem Gremium wie einem Gemeinderat, bei so hochkarätigen, auf so einem hochkarätigen Niveau umzugehen. Also das ist ein Unding. Und dazu kann man nur noch eines sagen, das hat sinngemäß Herr Eger schon ein Stück weit gesagt, man muss eines bedenken. In Rot waren ja auf Grund der sehr schnellen Entwicklung, Ansiedelung SAP – Stichwort, waren ja ganz andere Probleme und Dinge zu lösen. Rot ist ja im Verkehr regelrecht ertrunken, erstickt. Damit war es doch keine Frage für alle Gemeinderäte, auch für uns, für St. Leon in Rot mitzuwirken, dass dort ne vernünftige Lösung kommt. Dass wir gestritten haben, war eine Geschichte, aber dass man irgendwann eine brauchbare Lösung gefunden habe, war ne andere. Aber Rot war eilbedürftig und dort die Zeit reif. Und für St. Leon war, es war nicht im Generalverkehrsplan drin. Also das, was wir heute diskutieren, jedenfalls in keiner Weise. St. Leon war nicht reif für eine Ortsumgehung oder für eine Landesmaßnahme. Jetzt kommt der Zeitpunkt, weil auch der Verkehr natürlich in St. Leon nahezu unerträglich wird. Aber ich will ganz klar widerlegen. Die Behauptung, die St. Leoner Gemeinderäte hätten in der Vergangenheit diese Umgehungsstraße verhindert oder abgelehnt, das noch mal wörtlich gesagt, war eben ne glatte Lüge.

Der folgende Redebeitrag von **Gemeinderat Adolf Geider** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„So, jetzt muss ich dem Herrn Weinlein Antwort geben. Wenn er meint, ich habe gelogen. Hier in diesem Saal haben wir verhandelt. Da waren einmal der Herr Dr. Kromer hier und noch ein Kollege und vorher waren die Gemeinderäte alleine hier. Es war nichtöffentlich und ich muss mich jetzt wehren, es war nichtöffentlich. Und ich habe gesagt, ich möchte eine Anbindung. Ich möchte St. Leon mit dabei haben. Und dann habt ihr gesagt: Was willst du, Adolf? Wir haben den Verkehr nicht wie ihr. Und ich kann auch noch Namen nennen, wer es gesagt hat, wenn ihr es haben wollt. Und alle, ihr habt das abgewehrt, es waren auch noch andere, der Kollege Hecker war nicht drin. Er war nicht dabei. Der hat Glück gehabt. Deshalb verhält er sich auch ruhig. Und noch eins. Ich möchte dies auch im Wortprotokoll haben. Ich lass mich nicht hinstellen als Lügner. Ihr habt schon genug mit mir gemacht, wo ihr behauptet habt, ich hab Kosten verursacht. Und das ist eine Lüge. Und ihr habt hier Kosten, hier hätten wir Kosten sparen können und St. Leon wäre mit eingebunden worden. Der Generalverkehrsplan wäre in kürzester Zeit vollzogen worden. Ich weiß es von Herrn Dr. Kromer. Der Herr Dr. Kromer war im Anhörungstermin. Da hat der Herr Dr. Kromer gesagt: warum bin ich nicht informiert worden über den Feldscheunenweg? Da hab ich von euch keiner drin sitzen sehen in dieser ganzen Sitzung, außer mir, und der Herr Bürgermeister war auch noch dringehockt. Der wird es wissen, was der Herr Dr. Kromer gesagt hat: Warum bin ich nicht informiert worden? Wäre er informiert worden, dann hätte er bestimmt noch was unternommen. Und er hat auch mir was unterrichtet, das sag ich jetzt hier nicht, wie lange ihr warten könnt, bis ihr eine Umgehung bekommt.“

Bürgermeister Eger richtet an beide Seiten einen Ordnungsruf, weil einerseits der Vorwurf der Lüge jetzt nicht nachgeprüft werden kann und andererseits mit nichtöffentlichen Aussagen argumentiert wurde. Es sei auch unredlich, im Konjunktiv zu argumentieren. Es sei ganz klar festzustellen, dass die Roter Umgehungsstraße heute noch nicht umgesetzt wäre, hätte man damals gemeinsam mit der Roter Umfahrung auf der St. Leoner Umgehung bestanden. Damals habe man sich sinnvoller Weise auf das beschränkt, was im Generalverkehrsplan enthalten war.

Bürgermeister Eger schließt diesen Tagesordnungspunkt ab.

Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö
Verschiedenes

Tagesordnungspunkt: 9

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger informiert von der Absicht der ENBW, in einigen Umspannstationen eternithaltige Teile auszutauschen. Dabei müsste stationsweise der Strom abgeschaltet werden. Er bittet die Bevölkerung, Hinweise dazu in der Tagespresse und den Gemeindenachrichten zu beachten. Weiter sei zugesagt worden, dass die direkt Betroffenen benachrichtigt werden.

Bürgermeister Eger informiert, dass das Land landeseigene Grundstücke gegenüber der Zufahrt zur Erholungsanlage neu an einen hiesigen und an einen auswärtigen Landwirt verpachten werde. Er erinnert daran, dass im Gemeinderat vor etwa einem Jahr keine Bereitschaft bestand, diese Grundstücke für die Gemeinde zu erwerben.

Bürgermeister Eger gibt die Einladung der Fa. Nussbaum-Medien zum Frühjahrslauf bekannt, der Gemeinderat sei speziell eingeladen. Weitere Informationen sind beim Hauptamt zu erhalten.

Sitzung am: Dienstag, 19. April 2011 Nr. 4 Ö
Wünsche und Anfragen

Tagesordnungspunkt: 10

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Tobias Rehorst stellt für seine Fraktion den Antrag, an der Sepp-Herberger-Straße in Richtung verlängerte Kirrgasse einen Fuß- und Radweg zu erstellen. Er begründet dies mit der Nutzung der Passage durch die Kindergarten- und Schulkinder, woraus sich Gefahren ergeben.

Der Antrag ist im Wortlaut dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Eger bestätigt, dass darüber bereits gesprochen wurde. Die Verwaltung habe das Ende der

dortigen Baumaßnahmen abgewartet, bis an die Umsetzung des Vorhabens gegangen wird.

Der Redebeitrag von Gemeinderat **Benjamin Speckert** wird gem. § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Sehr geehrter Herr Eger, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll. Und zwar ist mir zu Ohren gekommen, dass in der letzten Zeit in unserer Gemeinde einige Personen gestorben sind mit multiresistenten Erregern. Ich bitte daher für die Friedhöfe in unserer Gemeinde, dass wir einen Hygiene- und Pflegeplan in den Leichenhallen installieren mit Handdesinfektionsmittel, mit einem Sensor, dass die Leute, die in der Leichenhalle ihre Verstorbenen besuchen, dass die sich entsprechend desinfizieren können, um eben der Ausbreitung Folge entgegen zu wirken. In anderen Gemeinden ist es Standard.

Zweiter Wunsch, ich möchte eine Information, warum in der Anbindung der Bahnhofstraße auf die Umgehungsstraße in der Kurve ein leicht irritierendes blinkendes Warnschild steht. Da hätte ich gern Aufklärung.“

Bürgermeister Eger informiert, dass das blinkende Schild installiert wurde, um die Verkehrsteilnehmer wegen der abknickenden Einmündung in die Umgehungsstraße zu sensibilisieren, weil dort häufiger Unfälle aufgetreten sind. Das blinkende Schild soll durch Leitbaken ersetzt werden.

Gemeinderat Walter Götzmann spricht den Platz Marktstraße/Amselweg an und fragt, wann dieser realisiert wird.

Er informiert weiter, dass am Fuß der im Zuge der verlängerten Friedhofstraße die L 546 überquerenden Brücke ein großes Schlagloch ist. Er bittet darum, dieses zu beseitigen, um eventuelle Unfälle auszuschließen.

Bauamtsleiter Kleiber informiert zur Neugestaltung des Platzes, dass nach einem letzten Abstimmungsgespräch Unklarheiten beseitigt wurden. Es ist vorgesehen, die Maßnahme am 12.05. im Ausschuss Umwelt und Technik noch mal vorzustellen und die Vergabe für die Junisitzung des Gemeinderates vorzubereiten.

Gemeinderat Siegfried Köck spricht die vor Wochen vorgelegte Tischvorlage zum Thema Demenz an und fragt, in wie weit sich die Gemeindeverwaltung damit befasst habe. Es gehe darum, ob die Gemeinde hier Unterstützung leisten könne. Er bittet um Unterrichtung.

Bürgermeister Eger verweist darauf, dass bisher auf Grund der umfangreichen Tagesordnungen keine Gelegenheit war, das Thema zu beraten.

Gemeinderat Karl Ittensohn beantragt für seine Fraktion, dass die Handhabung und Veröffentlichung der Protokolle der Gemeinderatssitzung geändert wird. Es dauere zu lange, bis die Protokolle veröffentlicht werden können. Es sei den Urkundspersonen oft nicht möglich, die Protokolle schnellstens durchzulesen und zurückzugeben. Aus anderen Gremien sei auch bekannt, dass das betroffene Gremium das Protokoll zu beschließen habe. Es solle das Protokoll deshalb sofort nach der Sitzung veröffentlicht werden, damit alle Gemeinderäte die Möglichkeit haben, das Protokoll zu lesen und eventuelle Einwendungen einzubringen. Er bittet die Verwaltung, einen Vorschlag für ein effektives Verfahren zu erarbeiten.

Der Antrag ist dem Protokoll als Wortlaut beigefügt.

Bürgermeister Eger erklärt, dass die Verwaltung in Zusammenhang mit dem Antrag die Situation erläutern werde. Allerdings sei es nicht möglich, das Protokoll zu veröffentlichen, bevor es unterschrieben ist bzw. noch nicht beschlossen ist. Insofern werde sich an der Situation nichts ändern.

Gemeinderätin Beate Rössler fragt nach den Kosten des Zaunes, der an der Fichtenstraße inzwischen beseitigt wurde.

Bürgermeister Eger erklärt, dass die Elemente des Zaunes auf Wunsch der dortigen Bewohner angebracht und beseitigt wurden. Die Kosten halten sich im Rahmen, zumal die Elemente anderweitig verwendet werden können. Der Ausschuss Umwelt und Technik habe zum Ausdruck gebracht, dass der Zaun wieder beseitigt werde.

Gemeinderat Rudi Heger spricht Pflasterarbeiten beim Josefshaus, Leostraße, an. Gelagertes Material habe dort Verschmutzungen verursacht. Er bittet darum, dass die Verschmutzung durch die Firma beseitigt wird.

Gemeinderat Adolf Geider fragt, warum der Gemeinderat nicht bei der Bestellung der Personen beteiligt war, die die Bolzplätze im Auftrag der Gemeinde auf- und zuschließen.

Gemeinderat Geider spricht einen Vorfall im vergangenen Jahr an, als zum 1. Mai eine Schar Jugendlicher auf der Brücke an der verlängerten Friedhofstraße grillte und Flaschen aufs Geländer gestellt habe. Er habe diese beseitigt, damit keine Unfallgefahren entstehen. Er bittet darum, die Polizei einzuschalten, um im Vorfeld entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

Weiter spricht er die in nichtöffentlicher Sitzung vor kurzem entschiedenen Ehrungen an, hinsichtlich der ihm und seiner Fraktion der Vorwurf gemacht worden ist, dass sie dagegen gestimmt hätten. Er empfindet dies als ungeheure Unverschämtheit, dass Gemeinderäte oder Verwaltung aus nichtöffentlicher Sitzung informieren. Er erwarte künftig, dass dies nichtöffentlich bleibe.

Bürgermeister Eger antwortet, dass die Sache durch Gemeinderat Geider selbst jetzt öffentlich gemacht wurde. Keinem bei der Sitzung Anwesenden sei bekannt, wie abgestimmt wurde, weil geheim mit Stimmzetteln abgestimmt worden ist. Damit sei mit Ja oder Nein über die Ehrung abgestimmt worden. Keiner wisse, wie der andere gestimmt hat, es sei denn, es wurde beim Nachbar bei der Stimmabgabe zugeschaut. In dem Fall müsse beim nächsten Mal eine Wahlkabine aufgestellt werden. Die Stimmzettel wurden eingesammelt, vor der Auswertung vermischt, damit nicht anhand der Reihenfolge nachvollzogen werden kann, wie wer abgestimmt hat. Wenn sich Gemeinderat Geider auf Nachfragen ins Blaue einlasse, sei er selber schuld. Fakt sei, dass der beantragenden Einrichtung Nachricht über das Ergebnis gegeben wurde.

Auf das Personal der Bolzplätze eingehend informiert **Bürgermeister Eger**, dass erfreulicherweise viele qualifizierte Bewerbungen vorlagen. Die Entscheidung fiel auf Grund von Vorstellungsgesprächen. Da die Stellen befristet sind, wurde die Entscheidung wie bisher üblich von der Gemeindeverwaltung getroffen. Nochmals zu erwähnen ist, dass viele geeignete Bewerbungen vorlagen, was eine erfreuliche Resonanz darstelle.

Gemeinderat Roland Hecker spricht die in einem Teilbereich der Hinterstraße beseitigten Blumenkübel an und berichtet von Beschwerden, dass der Verkehr dort zugenommen habe und wieder schneller gefahren wird. Er fragt, ob dies richtig ist und ob es Überlegungen gibt, die Beseitigung wieder zurückzuführen.

Bürgermeister Eger erklärt, dass die Verwaltung das Thema nicht aufgreife, weil die Entscheidung gefallen ist. Aus Initiative der Verwaltung gebe es keinen Anlass, das Thema nochmals aufzugreifen.

-/-